

Stellungnahme

Politische Jugendbildung in Corona-Zeiten

Verschärfung gesellschaftlicher Konfliktlinien aus der Sicht junger Menschen

Die Corona-Pandemie hat das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einschneidend verändert. Erste aussagekräftige Studien verdeutlichen die zentrale Notwendigkeit einer Vielfalt von schulischen und außerschulischen politischen Bildungsangeboten und Handlungsräumen.

Das Fazit der Studien: Die politische Problem- und Krisenwahrnehmung von Jugendlichen geht einher mit dem Eindruck, in den politischen Entscheidungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie nicht gehört worden zu sein (bundesweite JuCo Studie, Universität Hildesheim 2020). Die weitgehende Schließung von schulischen und außerschulischen Räumen stellt viele Jugendlichen nicht nur vor die Herausforderung, neue Alltagsroutinen zu entwickeln wie z. B. das Homeschooling. Sie führt auch zu weitreichenden Einschränkungen ihres sozialen Lebens und ihrer persönlichen Freiheiten. Ganz überwiegend verbinden Jugendliche mit der Corona-Krise negative Gefühle wie Angst, Verunsicherung, Ohnmacht und Zukunftssorgen (85% der Nennungen, Sinus-Jugendstudie 2020). Selbst wenn ein hohes Maß an Vertrauen in die Demokratie und in das politische Corona-Krisenmanagement besteht, fühlen sich viele Jugendlichen mit ihren Sorgen und Interessen politisch nicht ernst genommen (bundesweite JuCo Studie, Universität Hildesheim 2020). In der politischen Wahrnehmung sehen sie sich im Wesentlichen auf ihre Rolle innerhalb des formalen (Aus-) Bildungssystems reduziert und nicht als demokratisch Mitgestaltende miteinbezogen. Die schon vor der Corona-Krise vielfach attestierte geringe politische Einflussersparung (Shell Studie 2019) verfestigt sich damit. Insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen artikulieren ein geringes Vertrauen in die Politik und haben dementsprechend geringe Erwartungen an eine mögliche demokratische Teilhabe oder die Repräsentation ihrer Interessen im politischen Raum. Selbst Jugendliche, die sich politisch interessieren und engagieren, stehen einem konventionellen

politischen Engagement skeptisch gegenüber. Insgesamt verstärken sich in der Corona-Krise die gesellschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und Polarisierungen in den Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen, die bereits vor der Krise sichtbar waren. Dies betrifft zum Beispiel Zugänge zu digitalen Lernmaterialien, die Unterstützungsangebote im Homeschooling, Rückzugsmöglichkeiten im eigenen Zuhause, aber auch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Familie. Diskussions-, Erfahrungs- und Handlungsräume junger Menschen werden zudem eingeschränkt.

Die Bedeutung non-formaler Bildungsgelegenheiten und außerschulischer Lern- und Begegnungsorte für junge Menschen

Die Lebenswelten junger Menschen sind durch eine große Vielfalt von Lernorten und Bildungsgelegenheiten geprägt. Im öffentlichen Diskurs werden diese Lebenswelten meist auf Familie und Schule verengt. Dies hat sich in den letzten Monaten der Pandemie nochmals deutlicher gezeigt. Bildungsprozesse geschehen jedoch nicht nur in formalen Bildungssystemen, wie Schule, Berufsschule oder Hochschulen. Non-formale Bildungsgelegenheiten ergeben sich im Jugendtreff, in digitalen Räumen, im Sportverein und auch in der politischen Jugendbildung. Sie geben wichtige Impulse für die politische Sozialisation und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Die Absage nahezu aller non-formaler Bildungsaktivitäten und der verordnete Rückzug schulischer Partner setzen die etablierte Zusammenarbeit und Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren bis auf weiteres außer Kraft. Das gilt aktuell in einigen Bundesländern bereits bis zum Ende des nächsten Schuljahres 2021. Dies kommt einem „Shutdown“ für die außerschulischen Aktivitäten gleich.

Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Lage angesichts der Corona-Pandemie muss ein grundlegendes Umdenken einsetzen. Non-formale politische Jugendbildung bietet jungen Menschen gerade in Zeiten großer Verunsicherung Räume für Begegnung, Gemeinschaftserfahrungen und gemeinsame Reflexion.

Die Träger der außerschulischen politischen Bildung sind bereits seit mehreren Jahren in der Entwicklung von digitalen Ansätzen, Methoden, Angeboten der Medienbildung engagiert. Bei den freien Trägern der politischen Jugendbildung der GEMINI gibt es spezialisierte Fachgruppen zur digitalen Bildung. Hier zeigt sich ein großes, bisher nicht ausreichend gehobenes Potenzial der Zusammenarbeit im Hinblick auf mediengestützte politische Bildung und digitale Lernräume. Jedoch bleiben die Begegnung und das gemeinsame Lernen vor Ort zentrale Voraussetzungen für intensive und nachhaltige Bildungsprozesse. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um strukturelle Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen abzubauen, die durch die Krise nochmals verstärkt worden sind. Insbesondere die politische Jugendbildung befähigt junge Menschen dazu, sich in geschützten pädagogischen Räumen ein eigenständiges politisches Urteil zu bilden, ihre Interessen einzubringen und demokratische Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Non-formale außerschulische Jugendbildung ist deshalb kein verzichtbares Add-On, zumal Kinder und Jugendliche ein im Kinder- und Jugendhilfegesetz verbrieftes Recht auf außerschulische Jugendbildung haben.

Aufgaben politischer Jugendbildung in gesellschaftlichen Krisen und Umbruchsituationen

Krisen bringen gesellschaftliche Themen an die Oberfläche, die schon vorher existierten und verstärken sie. Diese Brennglas-Wirkung erfordert gerade in Krisen mehr politische Bildung. Gerade junge Menschen brauchen in diesen Zeiten Unterstützungsangebote. Krisen können auch den Blick auf notwendige gesellschaftliche Veränderungen öffnen. Politische Bildungsangebote unterstützen junge Menschen gerade in Situationen großer Zukunftsängste dabei, zusammen mit Gleichaltrigen ein

Nachdenken über die eigene und die gesellschaftliche Zukunft anzuregen und zu begleiten. Zugleich verweist die Corona-Pandemie auf neue Inhalte politischer Bildung, die von den Trägern der politischen Jugendbildung jetzt verstärkt aufgenommen werden. Dazu gehören Fragestellungen zu Fake News und aktuellen Verschwörungserzählungen, zu bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft, zum Umgang mit Grundrechten und ihrer Einschränkung, zur Bedeutung von Demokratie bzw. der Rolle von Parlament und Exekutive in Krisenzeiten, Fragen nach gesellschaftlichen Werten und Solidarität, nach dem Verhältnis von Gesundheitssystem und Wirtschaftlichkeit oder dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik bis hin zur Auseinandersetzung mit den weitgehend nationalen Reaktionen auf eine globale Krise.

Auch die eigenen Erfahrungen mit den Beteiligungsmöglichkeiten und der Interessenvertretung junger Menschen in gesellschaftlichen Krisen sind Gegenstand politischer Bildungsangebote. Dabei geht es vor allem um die Stärkung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit und um die demokratische Auseinandersetzung zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Politische Jugendbildung trägt dazu bei, die Beteiligung junger Menschen in gesellschaftlichen Krisen zu stärken und ihre Stimmen im öffentlichen und jugendpolitischen Diskurs künftig hörbarer zu machen. Die Erfahrungen mit den Einschränkungen und die Wahrnehmung des Nicht-Gehört Werdens in der Corona-Krise können zum Kern der gemeinsamen Reflexion gemacht werden.

Schlussfolgerungen

Non-formale Bildungsangebote und außerschulische Lern- und Begegnungsorte erhalten und ausweiten

In Zeiten großer Verunsicherung brauchen junge Menschen mehr und nicht weniger Bildungsorte für Begegnung, Austausch und die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen und den eigenen Erfahrungen. Um die Stimmen junger Menschen auch in Krisenzeiten hörbar zu machen, müssen gemeinsam mit ihnen, den politisch Verantwortlichen sowie den Trägern der politischen Jugendbildung Mittel und Wege gefunden werden, alle Bildungsorte für Jugendliche zu erhalten. Dies erfordert ein klares Bekenntnis zu einem ganzheitlichen Bildungsverständnis von Seiten des Bundesjugendministeriums, des Bildungsministeriums, der Kultusministerien, der Schulbehörden und der kommunalen Jugendämter. Die multiprofessionelle Zusammenarbeit zwischen formalen und nonformalen Angeboten muss in Krisen gestärkt und nicht geschwächt werden. Dies muss sich auch in einer verstärkten Abstimmung der Förderangebote abbilden.

Gesellschaftliche Krisen erfordern mehr statt weniger politische Jugendbildung

Die Aufgaben politischer Bildung haben sich durch die Corona-Pandemie vergrößert und vervielfältigt. Politische Jugendbildung stellt einen zentralen Raum für die Auseinandersetzung mit den Folgen gesellschaftlicher Krisen, aber auch für die Entwicklung von Zukunftsentwürfen dar. Politische Jugendbildung muss daher mittel- und langfristige in den nächsten Jahren gestärkt werden, wenn sie diese Aufgaben angemessen übernehmen soll. Hierbei gilt es, die Potenziale bereits bestehender Angebote digitaler Bildung im non-formalen Bereich zu nutzen und die Weiterentwicklung von Digital- und Präsenzveranstaltungen zu fördern.

Zu dieser Stärkung gehört auch eine stabile und auf Dauer gestellte Förderung. Hierzu ist ein deutlicher Aufwuchs der Mittel für politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes dringend erforderlich.

Spaltung überwinden und Inklusion fördern

Die Krise hat bereits bestehende gesellschaftliche Spaltungen vertieft. Der benötigte Aufwuchs des KJP-Programms „Politische Bildung“ ist für die Träger der politischen Jugendbildung im Bundesausschuss politische Bildung vor allem ein Auftrag, politische Bildung unter digitalen Bedingungen inklusiver zu gestalten. Dazu gehört auch die Kooperation mit anderen Handlungsfeldern der Jugendarbeit.

Ein wichtiger Unteraspekt ist dabei die Extremismusprävention, die unbedingt mit einem phänomenübergreifenden Ansatz politischer Bildungsangebote bearbeitet werden muss. Die Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI vertreten aber mit Nachdruck die Position, dass die Fixierung auf die Extremismusprävention eine Engführung der politischen Jugendbildung ist. Sie stehen bei aller weltanschaulichen Verschiedenheit für einen Bildungsansatz, der positiv auf eine Stärkung der demokratischen Mündigkeit und die Befähigung zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens setzt.

Die GEMINI wendet sich mit dieser Stellungnahme insbesondere an die Verantwortungsträger*innen im parlamentarischen Raum und bittet sie, diese Schlussfolgerungen in ihren Beratungen und Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Dr. Karl Weber

Sprecher

weber@bap-politischeBildung.de

Tel. 0151/12246447

Mitglieder der GEMINI sind:

